

Abstimmungsempfehlungen:

„JA“ zum Kredit für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums

„JA“ zum Kredit für den Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt

„JA“ zur Zusammenführung von VBSH und RVSH

„Nein“ zur Vollgeldinitiative

„JA“ zum Kredit für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums

„JA“ zum Kredit für den Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt

Die Schaffhauser Polizei, die Staatsanwaltschaft und das Kantonale Gefängnis sind dringend auf zeitgemässe Infrastrukturen angewiesen. Gleiches gilt für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt. Im historischen Umfeld des Kloosterviertels können diese Anforderungen nicht umgesetzt werden.

Heute ist die Schaffhauser Polizei bereits auf mehrere Standorte verteilt und das Kantonale Gefängnis weist in baulicher, betrieblicher und sicherheitstechnischer Hinsicht beträchtliche Mängel auf. Auch die Staatsanwaltschaft stösst an räumliche Grenzen. Die Verteilung und Trennung der Behörden wirkt sich nachteilig auf die Abläufe und die Zusammenarbeit aus. Im Interesse der Schaffhauser Bevölkerung soll die Zusammenführung in einem neuen Polizei- und Sicherheitszentrum die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Behörden gewährleisten.

Das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ist heute ebenfalls aufgrund der beengten Platzverhältnisse im Kloosterviertel auf Aussenstellen angewiesen. Die Arbeitsabläufe und Kommunikationswege sind dadurch kompliziert. Mit einem Neubau sollen die Schalter- und Büroräumlichkeiten zusammen mit allen Prüfhallen unter einem Dach vereint werden, um die Effizienz wie auch die Kundenfreundlichkeit zu optimieren. Die unmittelbare Nähe zum Polizei- und Sicherheitszentrum vereinfacht zudem die wichtige Zusammenarbeit mit der Schaffhauser Polizei und der Verkehrsabteilung der Staatsanwaltschaft.

Im Herblingertal soll daher ein Polizei- und Sicherheitszentrum sowie ein Neubau für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt entstehen. **Der Vorstand des KGV schliesst sich der Empfehlung des Kantonsrats an und empfiehlt beiden Krediten zuzustimmen.**

„JA“ zur Zusammenführung der VBSH und RVSH

Die Unternehmen haben bereits heute vieles gemeinsam: Geschäftsleitung, Depot, abgestimmte Fahrpläne und betrieblich verknüpfte Buslinien. Die Zusammenführung entspricht der Anpassung der organisatorischen Struktur an die gelebte Praxis. Als Rechtsform soll die öffentlich-rechtliche Anstalt massgeschneiderte Lösungen ermöglichen und trotz Verselbständigung möglichst nahe an der Stadt und der demokratischen Mitsprache bleiben.

Eine Zusammenführung bietet viele Vorteile:

- Schaffhausen erhält ein lokal verankertes, stabiles ÖV-Unternehmen und sichert die bestehenden Arbeitsplätze.
- Bereits genutzte Synergien werden gesichert und weitere können durch den Wegfall von Doppelspurigkeiten realisiert werden.
- Interessenkonflikte werden aufgelöst, Rollen klarer definiert und eine einheitliche Unternehmenskultur umgesetzt.
- Das grössere, zusammengeschlossene Unternehmen kann sich gegenüber Lieferanten und Gremien besser positionieren.

Die breite Unterstützung aller Beteiligten, inklusive der Personalvertreter ist ein klares Zeichen für die Vorteile der Zusammenführung. **Der KGV Vorstand empfiehlt einstimmig am 10. Juni mit „JA“ abzustimmen.**

„Nein“ zur Volksinitiative für krisensicheres Geld / Vollgeldinitiative

Der KGV folgt der Empfehlung des Bundesrats und des Parlaments, die Initiative abzulehnen. Die vorgeschlagenen Mittel und Wege sind keine Garantie zur Verhinderung von Finanzkrisen. Für die Gewährleistung von Finanzstabilität gibt es wirksamere Massnahmen.

Die Initiative würde das Kerngeschäft der Banken massiv einschränken und sich so schädlich auf Banken und deren Kunden auswirken. Die Zentralisierung der Kreditsteuerung bei der SNB und somit eine Machtkonzentration würde die SNB unter grossen politischen Druck setzen und ihre Unabhängigkeit gefährden. Ineffiziente Abläufe und negative Konsequenzen und Gefahren für das Gewerbe dürfen nicht riskiert werden. Daher empfehlen alle Parteien ein „NEIN“ zur Vollgeldinitiative in die Urne zu legen und auch der Vorstand des KGV empfiehlt die Initiative abzulehnen.